

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Willhelm Adametz

16. März 1950

Blatt 378

## "Sozialer Wohnungsbau der Gegenwart"

=====

16. März (Rath.Korr.) In der Ausstellung des Volksbildungshauses Margareten über "Städtebauliche Probleme von Wien in der Gegenwart", hält am Samstag, dem 18. März, um 16 Uhr, Arch.Dipl. Ing. Schimka einen Vortrag über "Sozialer Wohnungsbau der Gegenwart". Anschließend Führung gemeinsam mit Dipl.Ing. F.Pangratz. Eintritt frei.

Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt allgemein zugänglich.

## Der Pferdemarkt vom 14. März

=====

16. März (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 59 Gebrauchspferde, 12 Schlächterpferde, zusammen 71. Bezahlt wurden für leichte Zugpferde IIa 2.000 bis 4.000 S, Klasse Ia kein Auftrieb. Schwere Zugpferde IIa notierten 4.000 bis 6.000 S, Klasse Ia kein Auftrieb. Für Schlächterpferde wurde bezahlt für 1 Kilogramm Lebendgewicht in Schillingen: Wurstvieh 3.80 bis 4.80, Bankvieh Ia 5.80 bis 6.20, IIa 5.-- bis 5.50. Der Marktverkehr war für Gebrauchsschlächterpferde flau.

Herkunft der Tiere: Wien 24, Niederösterreich 30, Oberösterreich 9, Burgenland 2, Steiermark 3, Kärnten 1, Tirol 2.

## Ferkelmarkt vom 15. März

=====

16. März (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 221 Ferkel, von denen 94 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 202 S, 7 Wochen 267 S, 8 Wochen 280 S, 10 Wochen 368 S. Die Nachfrage konnte als gut bezeichnet werden.

Ein konstruktiver Vorschlag:"Theaterhilfe aus dem Kulturgroschen"  
=====

16. März (Rath.Korr.) Bei einer Pressekonferenz, die heute vormittag im Wiener Rathaus im Sitzungssaal des Stadtsenates stattfand und an der Bürgermeister Dr.h.c. Körner, der Vertreter des Unterrichtsministeriums, Minister a.D. Sektionschef Dr. Pernter, sowie die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses und die leitenden Beamten der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung teilnahmen, hielt Stadtrat Mandl ein eingehendes Referat über einen Plan, der den Wiener Privattheatern das Publikum wiederbringen und damit den Bestand der Theater sichern soll. Den Ausführungen Stadtrat Mandls, die bei den Vertretern der Presse lebhaften Beifall fanden, entnehmen wir folgendes:

Seit nahezu einem Jahr wird in der Öffentlichkeit über die Notlage der Wiener Theater diskutiert. Die einen erblicken ihre Ursache in einem künstlerisch und wirtschaftlich fehlgeleiteten Theaterbetrieb, die anderen in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, welche die Theaterfreude beeinträchtigt. Welche Gründe auch immer für die heutige Not der Theater maßgebend sein mögen, die Not besteht und verlangt aus kulturellen und auch aus sozialen Gründen Hilfe, wobei zugunsten der Theater im vorhinein festgestellt werden darf, daß sie nicht in der Lage waren, die Preise der Karten den eingetretenen Mehrkosten für Personal- und Sachausgaben anzupassen. Ebenso muß festgestellt werden, daß die Zahl der Theaterbesucher bedauerlicherweise merkbar abgenommen hat und noch weiter abnimmt. Die Möglichkeit einer Hilfe ist nun durch den im Vorjahr durch Bundesgesetz eingeführten Kulturgroschen, der erstmalig im Oktober 1949 eingehoben wurde, gegeben. Von dem Kulturgroschenertragnis erhält der Bund 25 Prozent, während der übrige Teil auf die einzelnen Bundesländer, dem örtlichen Aufbringen entsprechend, aufgeteilt wird. Schon im vergangenen Jahr, lange bevor überhaupt eine Kulturgroscheneinnahme zu verzeichnen

war, nämlich im Juli 1949, wurde den Theatern in einer mit dem Bund gemeinsam durchgeführten Aktion bei einem Beitragsverhältnis 1 (Bund) : 3 (Stadt Wien) eine finanzielle Hilfe geleistet. Den notleidenden Privatbühnen wurden damals unverzinsliche Kredite a conto des kommenden Kulturroschens im Gesamtausmaß von 800.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Davon entfiel auf die Stadt Wien ein Betrag von 600.000 Schilling. Die Theater erhielten also von den Kulturroscheneinnahmen der Stadt Wien im Jahre 1949 in der Höhe von rund 780.000 Schilling im Verlaufe dieser Aktion bereits 600.000 Schilling und zwar schon weit vor Einlangen des ersten Kulturroschenertragnisses. Diese Hilfe, die vor Anfang der Saison 1949/50 geleistet worden ist, vermochte aber die finanziellen Schwierigkeiten der Theater nicht dauernd zu beheben. Sie befinden sich jetzt in einer Zeit, in der sie eigentlich Reserven für die schwachen Sommermonate sammeln sollten, wieder in einer aufs Äußerste angespannten ungünstigen finanziellen Lage. Eine Begleichung aller Schulden der Theater ist aus öffentlichen Mitteln insbesondere auch aus dem Kulturroschenertragnis unmöglich. Wohl aber werden, wie hier bemerkt sei, alle Gläubiger der Theater Nutzen ziehen, wenn es gelingt, deren Existenz zu sichern.

In den Besprechungen der Vertreter der Stadt Wien mit denen des Bundesministeriums für Unterricht wurde übereinstimmend festgestellt, daß aus dem Kulturroschenertragnis des Jahres 1950 insgesamt ein Betrag von 2 Millionen Schilling für die Theaterhilfe bereitgestellt werden kann. Hievon übernimmt die Stadt Wien 1,500.000 Schilling und der Bund 500.000 Schilling. Einen diesbezüglichen Beschluß faßte die Wiener Landesregierung am 14. März 1950. Die Widmung dieses Betrages erfolgte mit der ausdrücklichen verbindlichen Erklärung, daß dieser Betrag ausschließlich für Theaterförderungszwecke verwendet werden wird. Außerdem wurde einvernehmlich festgestellt, daß dieser Betrag für die Theater in möglichst produktiver Weise zu verwenden sei, wobei vor allem auch die Theater selbst zur energischsten Mitarbeit aufgerufen sein sollen. Es wurde schließlich in einer zwischenamtlichen Besprechung der von Vertretern der Stadt Wien entwickelte Plan angenommen, mit Hilfe des zur Verfügung stehenden Betrages für das

Theater neues Publikum zu gewinnen und die Theaterfreude in der Wiener Bevölkerung zu heben, da der Besuch letzten Endes wirtschaftlich das Entscheidende ist und das Theater auf die Dauer überhaupt nur dann existenzberechtigt sein wird, wenn es sein Publikum hat. In weiterer Entwicklung dieses Gedankens wurde beschlossen, folgenden Versuch zu unternehmen:

Der Betrag von 2 Millionen Schilling wird auf 11 Spielmonate aufgeteilt. Von diesen Monatsquoten von rund 181.800 Schilling werden den nach dem Vorschlag des Theaterdirektorenverbandes in Betracht kommenden Theatern nach einem von diesem Verband vorgeschlagenen Schlüssel Höchstbeträge ausgesetzt. In Betracht kommen in der laufenden Saison, also bis 31. August 1950, folgende Theater: Theater in der Josefstadt, Volkstheater, Stadttheater, Bürgertheater, Scala und Insel. Ab 1. September 1950, also in der neuen Saison, wird ein Operettentheater wegfallen, sodaß dann bei dieser Aktion nur noch fünf Bühnen zu berücksichtigen sind. Der für das einzelne Theater entfallende Höchstbetrag soll dazu verwendet werden, um dem Theaterunternehmer den Ausfall zu vergüten, den er dadurch erleidet, daß er Theaterbesuchern, die sich auf Grund der eingeleiteten und hier noch näher zu besprechenden Aktion zum Theaterbesuch melden, eine Ermäßigung, die jetzt mit  $\frac{1}{3}$  des Kartenpreises festgesetzt ist, gewährt. Der ausgesetzte Betrag ist ein Höchstbetrag. Er wird den Theaterdirektoren auf Grund der von ihnen vorzulegenden Abrechnungen etwa monatlich, im Bedarfsfall in noch kürzeren Zeitabständen, ausbezahlt werden. Über etwa nicht verbrauchte Beträge hat sich die Landesregierung, bzw. das Unterrichtsministerium eine weitere Entscheidung vorbehalten. Bei der Verteilung des Betrages wird auf jene Theaterbetriebe besonders Bedacht genommen werden, die sich aus eigenem um eine möglichst wirtschaftliche Führung und vor allem um die Werbung zusätzlichen Publikums ernstlich bemüht haben. Die Ermäßigung der Theatereintrittspreise, die praktisch eine Prämie für den zusätzlichen Theaterbesuch ist, soll in der einfachsten Weise beansprucht werden können. Alle organisierten Personengemeinschaften, d.h. hier Personengemeinschaften, die irgendwie einen der Gemeinschaft gegenüber verantwortlichen Repräsentanten besitzen, können bei den Kassen der genannten Theater, wenn sich

mindestens 25 Personen zu einem Besuch der gleichen Vorstellung melden, die Begünstigung beanspruchen. Diese Begünstigung gebührt selbstverständlich auch dann, wenn eine Gemeinschaft eine "geschlossene Vorstellung" mietet. Es genügt die Übergabe eines einfachen Schreibens der Personengemeinschaft an das Theater, in welchem die Personengemeinschaft selbst, die Anzahl und allenfalls auch die Kategorie der gewünschten Karten und der Name des Behebungsberechtigten anzugeben sind. An der Kasse wird zu Verrechnungszwecken ein dort unentgeltlich aufliegendes Formular ausgefüllt, auf dem der Übernehmer die Barzahlung von  $\frac{2}{3}$  des Preises der bezogenen Karten bestätigt. Es empfiehlt sich jedenfalls die Karten im Vorverkauf zu beziehen, da ja die Manipulation an der Abendkasse den Kassenbetrieb hemmen und die Verteilung der Karten unmittelbar vor der Vorstellung erschweren würde. Besonders sei jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß Premieren, Festveranstaltungen und die Aufführungen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von dem begünstigten Besuch im Rahmen dieser Aktion ausgenommen sind.

Auf diese Art soll versucht werden, dem Theater für seinen laufenden Bedarf nicht nur den Betrag von 2 Millionen Schilling zukommen zu lassen, sondern durch die Gewinnung neuer Theaterbesucher ein Mehrfaches davon, denn außer dem  $\frac{1}{3}$  des Kartenpreises das aus dem 2 Millionen-Betrag dem Theaterdirektor ersetzt wird, wird jeder neue Theaterbesucher  $\frac{2}{3}$  bar an der Kasse bezahlen.

Es wird nun Aufgabe der Wiener Bevölkerung sein, ihr Interesse an der Existenz der Wiener Privatbühnen dadurch zu bekunden, daß sie von dieser Begünstigung reichlich Gebrauch macht. Aufgabe aller Personengemeinschaften, deren es in Wien eine überaus große Zahl gibt, es kann sich dabei um gewerkschaftliche, politische, berufliche Organisationen, Betriebs-, Schul-, ja Hausgemeinschaften handeln, wird es sein, ihre Mitglieder davon zu überzeugen, daß es in ihrem eigenen kulturellen Interesse und im Interesse des Kulturlebens ihrer Heimatstadt gelegen ist, sich im Rahmen dieser Aktion im verstärkten Maße am Theaterbesuch zu beteiligen. Ebenso wie von der Publikumsseite her eine Förderung des Theaters angeregt wird, muß aber als strikte Verpflichtung des Theaterunternehmers festgehalten werden, im eigenen Wirkungsbereich in künstlerischer Beziehung unter Wahrung des kulturellen Niveaus den Wünschen des

Publikums weitestgehend Rechnung zu tragen und auf die äußerste wirtschaftliche Führung des Betriebes zu achten. Eine besonders maßgebende Förderung des Theaters liegt bei der Presse. Ihr Eintreten für den skizzierten Hilfsplan, aber auch ihre aufbauende und unterstützende Kritik für gute künstlerische Leistung und auch ihr unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders notwendiges wohlwollendes Verständnis für Sparsamkeit im rein äußerlichen, bedeuten eine unersetzliche Hilfe.

So weit der Plan der öffentlichen Stellen, von dem auch der Theaterdirektorenverband Kenntnis genommen hat. Mit der Durchführung des Planes wird von heute an begonnen. Alle Vorkehrungen sind getroffen. Er hat nun seine Bewährungsprobe zu bestehen, die aber nur dann gelingen kann, wenn allseits ehrliches Bemühen am Werke ist. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat bereits seine volle Unterstützung zugesagt. Es ist zu hoffen, daß auch alle übrigen Personengemeinschaften und vor allem die Presse und der Rundfunk sich tätig in den Dienst der guten Sache stellen und damit helfen, das Ansehen Wiens als Theaterstadt zu wahren.

Im Anschluß daran sprach Bundesminister a.D. Sektionschef Dr. Pernter, der seitens des Bundesministeriums für Unterricht seine Zustimmung zu dem von Stadtrat Mandl ausgeführten Projekt ausdrückte. Es wird nun am Wiener Publikum und an den Theaterdirektoren liegen, ob Wien weiterhin den Rang einer in der Welt bekannten Kulturstadt einnehmen kann. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

Nähere Auskünfte über die Aktion werden im Rathaus während der Dienststunden unter der Telephonnummer B 40-500, Klappe 078, erteilt.

### Die Einsturzkatastrophe auf der Fischerstiege

=====

16. März (Rath.Korr.) In der Sitzung des Gemeinderates am 20. Jänner verlangte die kommunistische Fraktion einen Bericht über die Ursachen und Schuldtragenden der Einsturzkatastrophe des städtischen Wohnhauses in Wien 1., Fischerstiege 1. Der Antrag wurde damals zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung den beiden Bauausschüssen VI und VII zugewiesen.

Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker gab heute in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses VI darüber einen eingehenden Bericht. Er stellte fest, daß sich das Stadtbauamt sofort nach der Katastrophe bemüht hat, die Ursachen des Einsturzes durch eigene Erhebungen und die Einholung eines Gutachtens der staatlich befugten Zivilingenieure für Hochbau und gerichtlich beeideten Sachverständigen Ing. Dietrich und Ing. Müller zu klären. Als dann von der Staatsanwaltschaft gegen den technischen Amtsrat Ing. Bittmann die Klage erhoben wurde, ist gleichfalls vom Strafgericht ein Gutachten der Professoren Dr.Ing. Honigmann und Dr.Ing. Melan eingeholt worden. Die Ansichten der vier Sachverständigen über die Ursachen des Einsturzes weichen voneinander ab. Während das gemeinsame Gutachten der Ingenieure Dietrich und Müller die Ursachen vornehmlich in der Vermorschung der Dippelbaumköpfe der obersten Stockwerksdecke sehen, sind die Gutachten von Professor Honigmann und Professor Melan im wesentlichen der Meinung, daß das Gewölbe über dem Parterregeschoß eingestürzt ist. Aber auch diese beiden Gutachten weisen keine volle Übereinstimmung auf. Zusammenfassend muß daher festgestellt werden, daß die Ursachen der Einsturzkatastrophe nach wie vor nicht einwandfrei erforscht werden konnten. Damit steht aber die Frage eines Verschuldens in einem unlöslichen Zusammenhang, die in dem Strafverfahren gegen Ing. Bittmann hätte entschieden werden sollen. Über die Verschuldensfrage läuft derzeit ein zivilrechtliches Verfahren. Aus diesem Grund ist die Stadt Wien nicht in der Lage der Entscheidung des Gerichtes vorzugreifen.

Das Haus Fischerstiege 3 wurde weder abgetragen, noch wurde ein solcher Auftrag erteilt, sondern nur die Räumung der Wohnungen verfügt. Die Räumung betrifft aber nur einen Teil des

Gebäudes. Der Auftrag war deswegen notwendig, weil festgestellt wurde, daß sich nach Abtragung des Hauses Fischerstiege 1 Absetzungen einer Feuermauer von der Hauptmauer und den anliegenden Decken im zweiten und dritten Stockwerk zeigten. Im übrigen wurde die Sicherung des Hauses durch Pölzungen und Abstützen der Feuermauer veranlaßt.

Abschließend stellte Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker fest, daß alle gemeindeeigenen Wohnhäuser, bei denen Bauschäden festgestellt wurden, unter ständige Aufsicht eines befugten Bau-gewerbetreibenden gestellt sind, der den strikten Auftrag hat, gefahrdrohende Veränderungen unverzüglich zu melden. Es kann nicht erwartet werden, daß die überaus zahlreichen während der Kriegszeit und nachher entstandenen Schäden bereits restlos behoben sind. Sie können nur etappenweise nach der Dringlichkeit beseitigt werden. Die Gemeinde wendet jedoch jedem Anzeichen die entsprechende Aufmerksamkeit zu und veranlaßt alles Erforderliche. Trotzdem wird es nicht zu verhindern sein, daß fallweise zur Durchführung von Sicherungsarbeiten oder wegen unmittelbar drohender Gefahr Wohnungen geräumt werden müssen.

Der Bericht wurde von den Mitgliedern des Ausschusses einstimmig zur Kenntnis genommen.

#### Institut für Wissenschaft und Kunst

=====

#### Vorträge in der Woche vom 20. bis 25. März

16. März (Rath.Korr.)

Dienstag, 21. März, 19.00 Uhr, Dr. med.Emanuel Berghoff:  
Zur Geschichte der prophylaktischen Medizin.

Mittwoch, 22. März, 18.30 Uhr, Prof. Dr. Carl Figdor:  
Theorie der Wirtschaftsgebiete.

Donnerstag, 23. März, 18.00 Uhr, Univ. Prof. Dr. Karl Höfler:  
Das Protoplasma - der Lebensträger. (Lichtbilder und Film)

Donnerstag, 23. März, 19.00 Uhr, Diskussionsabend über "Die Politik der englischen Arbeiterregierung" mit einem einleitenden Vortrag des bekannten Publizisten Dr.J.W. Brügel (London)

Freitag, 24. März, 18.30 Uhr, Nationalrat Karl Cernetz:  
George Orwell und der totalitäre Staat.



Ottakring hat eine neue Tbc-Fürsorgestelle  
=====

16. März (Rath.Korr.) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat im Gemeindewohnhaus Kreitnergasse eine neue Tuberkulose-Fürsorgestelle eröffnet. Die zweckmäßig und mit allen erforderlichen medizinischen Apparaturen eingerichteten Räume wurden heute vormittag von Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Weinberger und Bezirksvorsteher Scholz besichtigt und ihrer Bestimmung übergeben. Die neue Fürsorgestelle verfügt über eine Röntgenanlage mit Umkleidekabine, zwei Ordinationszimmer, eine Kartothek und einen geräumigen Wartesaal.

Vizebürgermeister Weinberger unterstrich in einer Ansprache vor den Mitgliedern der Bezirksvertretung und den Angestellten des Gesundheitsamtes die Bedeutung dieser neuen Einrichtung. Ottakring, wo in der Nachkriegszeit die höchste Zahl ansteckender Tuberkulosefälle festgestellt wurde, benötigte dringend die Erweiterung der nicht mehr ausreichenden Tbc-Stelle. Die neuen Räumlichkeiten in der Kreitnergasse bedeuten daher einen erfreulichen Fortschritt in der Entwicklung unseres Gesundheitswesens. Im Sektor der Tbc-Bekämpfung konnten seit Kriegsende, dank der aufopfernden Leistungen unserer Ärzte und der Fürsorgerinnen, gute Erfolge erzielt werden. Es ist ihr Verdienst, wenn die Tuberkulose heute nicht mehr das in der Vergangenheit erschreckende Ausmaß aufweist. Die Tuberkulose gilt bei uns nicht mehr als Volksseuche und befindet sich auch weiterhin im ständigen Rückgang. Sie kann daher nicht mehr als "Wiener Krankheit" bezeichnet werden. Diese Tbc-Fürsorgestelle, sagte der Vizebürgermeister, kann als ein weiterer Beitrag in den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und der Gesundheit der Wiener gewertet werden.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner gab der Freude Ausdruck, daß sich die Stadt Wien nach Überwindung der ärgsten Nöte der Nachkriegszeit immer mehr der Erfüllung von sozialen Aufgaben widmen kann. Bei uns ist die Tuberkulose nicht mehr die Geißel der arbeitenden Menschen. Die Gesundheit des Volkes wird jetzt durch andere, nicht weniger tückische Krankheiten bedroht, doch die Wissenschaft rückt diesen Gefahren immer wirksamer an den Leib. Das hat auch die in den vergangenen Tagen in Wien stattgefundene Krebswoche neuer-

lich bewiesen.

Bezirksvorsteher Scholz und ein Vertreter der Gewerkschaft dankten dem Bürgermeister und dem Gesundheitsamt für das Verständnis, das der Ottakringer Bevölkerung seitens der Stadtverwaltung auf dem Gebiet der sozialen Betreuung entgegengebracht wird. Die Stadt Wien besitzt gegenwärtig 20 Tbc-Fürsorgestellen. Ende Jänner waren von der Fürsorge 41.419 aktive Tuberkulose erfaßt.

#### Schweinemarkt vom 16. März

=====

16. März (Rath.Korr.) Auftrieb: 37 inländische Fleischschweine, die alle verkauft wurden. Preise je Kilogramm Lebendgewicht, mittlere Ware S 10.70.

#### Rindermarkt vom 16. März

=====

16. März (Rath.Korr.) Nachmarkt. Auftrieb: Ochsen, inländische 7, ausländische und zwar aus Ungarn 1. Stiere, Inland 7, Ausland keine Zufuhr. Kühe, Inland 13, Ungarn 55, Zusammen: Inland 27, Ausland 56. Gesamtauftrieb 8 Ochsen, 7 Stiere, 68 Kühe, Summe: 83. Erspart: 2 Ochsen, 0 Stiere, 9 Kühe, Summe: 11. Gesamtverkauf: 6 Ochsen, 7 Stiere, 59 Kühe, Summe 72.

Bei ruhigem Marktverkehr wurden Stiere und Beinlvieh zu unveränderten Hauptmarktpreisen gehandelt. Nach fetten Kühen und Ochsen war trotz des geringen Angebotes die Nachfrage schwach.

#### Tagung der Trachtenvereine

=====

16. März (Rath.Korr.) Die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Trachtenvereine Österreichs hält am Samstag, dem 18., und Sonntag, den 19. März, im "Salzburgerhof" Wien 9., Thurngasse 4, eine außerordentliche Tagung ab. In deren Verlauf wird am Samstag um 20.30 Uhr zu Ehren der Delegierten aus den Bundesländern ein Heimatabend mit Heimatlied, Musik und Tanz veranstaltet. Dieser Abend soll einen Ausschnitt aus dem Arbeitsgebiet der Trachtenvereine Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes geben.